

Equal Pay Day: Höhere Löhne mit Tarifvertrag

Am 6. März war „Equal Pay Day“. Dieser Tag markiert symbolisch den geschlechterspezifischen Einkommensunterschied. Frauen erhalten durchschnittlich rund 18 Prozent pro Arbeitsstunde weniger Lohn und Gehalt als Männer und die Zeit von Neujahr bis zum 6. März entspricht rund 18 Prozent des Jahres. Bis zum „Equal Pay Day“ arbeiten Frauen also unentgeltlich. Zudem ist am 8. März Internationaler Frauentag in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sogar ein gesetzlicher Feiertag. Höchste Zeit daran zu erinnern, dass die Frauenbewegung zwar wichtige Erfolge erkämpft hat, es aber noch viel zu tun gibt – auch in der Arbeitswelt.

Weniger Verdienst, häufiger (unfreiwillige) Teilzeit, mehr unentgeltliche Pflege- und Sorgearbeit im Privaten. Die Lebensrealität jeder Frau ist individuell und unterschiedlich. Eine zentrale Stellschraube, um die Arbeitsbedingungen entscheidend zu verbessern, sind Tarifverträge. Mit ihnen gibt es: mehr Geld, mehr Sicherheit, mehr Freizeit. Konkret erhalten Frauen in Unternehmen mit Tarifvertrag durchschnittlich rund 3,60 Euro mehr pro Stunde als Frauen in tarifungebundenen Unternehmen. Zudem arbeiten tarifgebundene Beschäftigte durchschnittlich 1 Stunde weniger als Beschäftigte ohne Tarifvertrag.

Der „Equal Pay Day“ unterstreicht damit auch die Bedeutung von Tarifverträgen mit Blick auf die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Doch leider arbeitet nur noch die Hälfte aller Beschäftigten mit Tarifvertrag. Die Stärkung der Tarifbindung ist also auch aus gleichstellungspolitischen Gründen entscheidend.

Klar ist: Die Politik darf nicht länger zuschauen, wenn mit zurückgehender Tarifbindung eine tragende Säule unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung ins Wanken gerät. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich, dass die Politik sich stärker einbringen soll, um die Tarifbindung zu

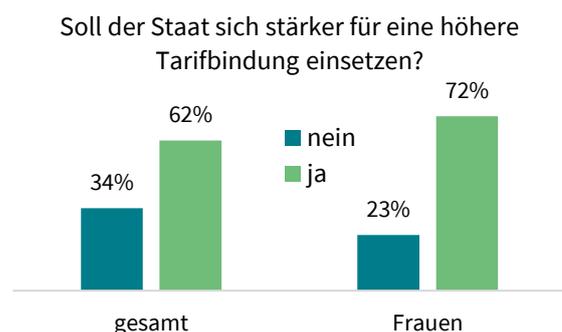
stärken. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

62 Prozent der Beschäftigten – bei den Frauen sind es sogar 72 Prozent – stimmen dafür, dass der Staat sich stärker für eine höhere Tarifbindung einsetzen soll, auch durch entsprechende Gesetze. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der Beschäftigten bewerten es demnach als schlecht, dass die Tarifbindung derzeit abnimmt. Unter den Frauen bewerten dies sogar 68 Prozent als schlecht.

Die Bundesregierung muss endlich ran an das Thema und u. a. zügig ein wirksames Bundestariftreuegesetz auf den Weg bringen, wie es seit langem angekündigt wird. So sollen Aufträge der öffentlichen Hand nur noch an Unternehmen gehen, die Tariflöhne zahlen. Trotz mehrfacher Signale aus der Koalition liegt dafür immer noch kein Gesetzentwurf vor.

Die neue EU-Mindestlohnrichtlinie sieht zudem für die Mitgliedstaaten das Ziel einer Tarifbindung von 80 Prozent vor. Liegt die Tarifbindung unter 80 Prozent, sind nationale Aktionspläne aufzustellen, in denen die Bundesregierung aufzeigen muss, wie diese Zielmarke erreicht werden kann.

Um wieder einen besseren Tarifschutz für die Beschäftigten zu erreichen, hat der DGB im November eine Kampagne für eine Tarifwende in Deutschland gestartet und seine Forderungen für eine höhere Tarifbindung erneuert.



Quelle: Forsa Umfrage im Auftrag des DGB